

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1506

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Hauptpersonalrat | Postfach 7125 | 24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Hauptpersonalrat

Ihr Zeichen: L 215/
Ihre Nachricht vom: 14.10.2010/
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

Ulf Jungjohann
Ulf.Jungjohann@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3062/
Mailfax: 0431 988-614-3062/

07. November 2010

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung
Gesetzentwurf Landesregierung – Drucksache 17/701
Hier: Stellungnahme des Hauptpersonalrats im Innenministerium Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zum „Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung“ eine schriftliche Stellungnahme abgeben zu dürfen. Wir bitten die späte Stellungnahme zu entschuldigen, doch wir benötigten zunächst die schriftliche Genehmigung des Innenministeriums für eine Stellungnahme, da wir laut Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein nicht außenwirksam tätig werden dürfen.

Der Gesetzentwurf basiert auf dem Abschlussbericht der Projektgruppe „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“ in der am 20. April 2010 durch die Projektgruppe verabschiedeten Fassung. Deshalb kann der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zur Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung nicht alleine betrachtet werden. Der Hauptpersonalrat war an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligt und hat zu dem älteren wie auch zu dem derzeitigen Konzept Stellung bezogen. Nicht alle Punkte des Konzeptes konnten wir mittragen.

Auf folgende Punkte möchten wir besonders hinweisen:

- Wir können uns bei der Ausschöpfung aller Mittel der Personalbewirtschaftung und technischen Möglichkeiten durchaus auch dezentrale Organisationseinheiten unterhalb des gesetzten Größenrahmens von 50 bis 120 Beschäftigten vorstellen. Bei dem jetzt geplanten Rückzug aus der Fläche auf vier Standorte außerhalb von Kiel wird sich die Fahrzeit der Beschäftigten auf eine Stunde pro Strecke erhöhen und bei mehreren Beschäftigten wird die eine Stunde Fahrzeit zum neuen Standort überschritten. Die Anzahl der Beschäftigten mit mehr als einer Stunde Fahrzeit muss unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten auf ein einstelliges Minimum reduziert werden. Der Hauptpersonalrat wird sich im weiteren Verfahrensablauf vehement für die Erreichung dieses Zieles einsetzen und hierauf besonderen Wert legen. Eine darüber hinausgehende weitere Zentralisierung ist aus Sicht des Hauptpersonalrates nicht hinnehmbar.

- Die im Bericht vorgesehenen Stelleneinsparungen von 148 Stellen sind für den Hauptpersonalrat nicht tragbar. Die vorgesehenen Stelleneinsparungen vom Bericht 2009 hätte der Hauptpersonalrat auch heute noch mitgetragen. Doch die jetzigen, Einsparungen, sind nicht mehr hinnehmbar. Besonders gravierend ist dabei, dass sich nur ein Stellenkorridor von lediglich fünf Stellen für die nächsten 10 Jahre ergibt. Dieses kann aufgrund der Alterstruktur in der Vermessungs- und Katasterverwaltung, des gesetzlichen Auftrags und der gesetzlichen Vorgaben durch die EU vom Hauptpersonalrat nicht mitgetragen werden.
- Das Personalkostenbudget wird um 50 000 € pro einzusparender Stelle gekürzt. Darin enthalten sind auch die anteiligen Sachkosten (u.a. Miete). In der Vermessungs- und Katasterverwaltung wird der Betrag von 50 000 € weder im mD, noch bei den Messgehilfen, Auszubildenden oder den Referendaren erreicht werden können. In den genannten Bereichen befinden sich aber 75% der Beschäftigten. Des Weiteren werden die Mietkosten für die Dienstgebäude bereits direkt vom Finanzministerium beglichen. Beinhaltet also die Kürzung des Personalkostenbudgets auch anteilige Mietkosten, so findet hier eine doppelte Kürzung statt, die nicht hinnehmbar ist.
- Das geplante Inkrafttreten, Gründung des Landesamtes zum 01. Januar 2011, ist aus unserer Sicht sehr zielstrebig. Eine Verschiebung auf den 01. Januar 2012 würde die weitere geplante Umsetzung nicht tangieren und wir würden es befürworten. Grund für eine Verschiebung ist die bevorstehende EDV-Umstellung im technischen Bereich der Vermessungs- und Katasterverwaltung. Die digitalen Daten werden im nächsten Jahr migriert und in ein neues System übertragen. Hierfür sind umfangreiche Schulungen des Personals erforderlich. Die Trainerrinnen und Trainer befinden sich derzeit in einer Schulungsmaßnahme und im nächsten Jahr müssen alle Kolleginnen und Kollegen in der Vermessungs- und Katasterverwaltung geschult werden. Diese Schulungsmaßnahme wird sich bis nach den Sommerferien hinziehen. Auch ist es unumstritten, dass die Einführung von neuer Software zu einer erhöhten Belastung der Kolleginnen und Kollegen und auch zu erhöhten Reibungsverlusten im täglichen Arbeitsablauf führt. Die Gründung des neuen Landesamtes erfordert aber auch einen erhöhten Personaleinsatz und Anpassungen in einzelnen Softwarebereichen. Da wir uns bereits im November befinden, ist es aus unserer Sicht nicht mehr bis zum 01. Januar 2011 umsetzbar. Besonders auch unter dem Gesichtspunkt, dass Mitte Dezember Haushaltsschluss ist und für fast alle technischen Anpassungen Kosten entstehen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulf Jungjohann
Vorsitzender